

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Erscheint 3 mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: 30 Heller monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.50 M. Durch Träger und and. Vertretungen frei ins Haus monatlich 1.20 M., vierteljährlich 4.50 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Beörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolaisstr. 11. Druck: Nr. 1015, 1016, 1017. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Umgebung: 1.50 M. pro Zeile. In anderen Orten: 1.20 M. pro Zeile. — Abonnementpreise: 1.20 M. pro Zeile. — Abonnementpreise: 1.20 M. pro Zeile.

Nummer 635

Samstag, 14. Dezember 1918.

72. Jahrgang.

Verlängerung des Waffenstillstandes.

Bis 17. Januar 1919.

Trier, 13. Dez. (Wolff-Tele.)

Der Waffenstillstandsvertrag wurde heute Vormittag um 11 1/2 Uhr deutscher Zeit im Salonwagen des Reichskanzlers in Trier verlängert.

Der Wortlaut des Abkommens ist wie folgt:

Abkommen.

Die Unterzeichneten, versehen mit Vollmachten, kraft deren sie den Waffenstillstandsvertrag vom 11. November unterzeichneten, haben heute folgendes Zusatzabkommen unterzeichnet:

1. Die Dauer des am 11. November abgeschlossenen Waffenstillstandes ist um einen Monat verlängert, bis zum 17. Januar 1919 5 Uhr (fünf Uhr) vormittags. Diese Verlängerung um einen Monat wird unter Vorbehalt der Zustimmung der alliierten Regierungen bis zum Abschluss des Präliminarfriedens ausgedehnt werden.

2. Die Ausführung der Bedingungen des Abkommens vom 11. November, soweit dieselben zurzeit noch unvollständig verwirklicht sind, wird fortgesetzt, und in der Zeit der Verlängerung des Waffenstillstandes in den von der internationalen Waffenstillstandskommission beschickten Vorposten und nach den Befehlen des Oberkommandos der Alliierten zum Abschluss geführt.

3. Folgende Bedingung wird dem Abkommen vom 11. November hinzugefügt: Das Oberkommando der Alliierten behält sich von jetzt an, wenn es dies für angezeigt erachtet, und um sich neue Sicherheiten zu verschaffen, vor, die zentrale Zone aus dem rechten Rheinufer nördlich des Kölner Brückenkopfes bis zur holländischen Grenze zu besetzen. Diese Befehlung wird vom Oberkommando der Alliierten sechs Tage vorher angezeigt werden.

Trier, 13. Dezember 1918.

gez.: Koch, H. G. Wogna, Admiral.

gez.: Erzberger, M. Oberndorf, v. Winterfeld, Bunselow.

Die Klausel über die Verlängerung des Vertrages bis zum Abschluss des Präliminarfriedens sowie die vorherige Anweisung vor der Besetzung der neutralen Zone vom Kölner Brückenkopf bis zur holländischen Grenze wurden auf Vorschlag des Staatssekretärs Erzberger in das Abkommen aufgenommen.

Zu Beginn der Sitzung teilte Marschall Koch im Namen des amerikanischen Lebensmittellieferanten Hoover mit, dass die in Deutschland liegenden 2 1/2 Millionen Tonnen Schiffsraum unter Kontrolle der Alliierten zur Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln zur Verfügung gestellt werden müssen. In der Erklärung des Ausbruchs „Kontrolle der Alliierten“ in dem Sinne, dass hierbei die Schiffe selbstverständlich deutsches Eigentum verbleiben und mit deutschen Besatzungen versehen werden könnten, antwortete Koch im Prinzip zustimmend. Aus den weiteren Bestimmungen geht hervor, dass diese Versorgung mit Lebensmitteln von zwei Kommissionen geregelt werden wird. Die eine Kommission, welche die Lebensmittel aufkauft, hat ihren Sitz in Paris, während die mit der Verteilung und dem Transport beauftragte ihren Sitz in London hat. Staatssekretär Erzberger erklärte sich mit dieser Regelung des Transports und dieser Benutzung deutschen Schiffsraums einverstanden. Koch sagte zu, dieses Einverständnis dem Lebensmittellieferanten Hoover zu übermitteln, damit die Verhandlungen zwischen den Schiffahrts- und Handelsvereinen und dem Ausbruch, der deutscherseits für die Einführung von Lebensmitteln eingelegt worden ist, alsbald aufgenommen werden können. Diese Verhandlungen finden nicht in Evra statt.

Aus der Debatte ist weiter hervorzuheben, dass die Abgabe des Verkehrsmaterials auf Grund der deutschen Vorschläge vor sich gehen wird, und zwar in der Weise, dass bis zum 18. Januar die ausliefernden 5000 Lokomotiven, 150 000 Eisenbahnwagen und 5000 Kraftfahrzeuge abgegeben sein werden. Der deutsche, nach langen Verhandlungen angenommene Vorschlag sieht im einzelnen vor, dass während der ersten zehn Tage vom 18. Dezember an täglich 110 Lokomotiven und 2400 Wagen und sodann während der folgenden zwanzig Tage je 150 Lokomotiven und 3200 Wagen abgeliefert werden. Der französische Vorschlag auf Ablieferung in kürzerer Frist drang nicht durch. Insbesondere gelang es auch, die von französischer Seite vorgeschlagenen Strafvorschriften für den Fall der Ablieferung von Material, dessen Zustand für nicht genügend erklärt wird, zu mildern. Von englischer Seite wurde verlangt, dass das Dampfschiff „Baden“ anstelle des Panzerkreuzers „Möden“ abgeliefert werde, der nicht schleppbar ist. Letztere Forderung war bereits am 11. November im Walde von Compiègne mitgeteilt worden, worauf von englischer Seite keine neue Forderung gestellt wurde. Staatssekretär Erzberger bezeichnete diese jetzt vorgebrachte Forderung als einen Akt der Willkür und sagte Protest ein. Die Engländer zogen jedoch ihre Forderung nicht zurück.

Der Vorschlag Erzbergers betreffend die in Ostafrika befindlichen Kolonialgefangenen wird von Marschall Koch geprüft werden. Antwort ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

Koch verlässt heute Nachmittag 2 Uhr Trier. Die aus Evra eingetroffenen Mitglieder der Waffenstillstandskommission treten zu derselben Zeit die Rückreise an. Die von Berlin gekommenen Delegierten werden abends über Cöln-Wilhelmsberg dorthin zurückkehren.

Die deutsche Waffenstillstandskommission: Staatssekretär Erzberger.

Es besteht keine Neigung zum Kriegsführen mehr; nicht in der Waffenstillstand um einen Monat verlängert, sondern gleichzeitig ist auch in Aussicht genommen worden,

ihm, wenn nötig, noch weiter hinauszuschieben bis zur Unterzeichnung des Vorfriedens. Gewissermaßen als Kompensation dafür verlangt Marschall Koch für die Entente das Recht, die neutrale Zone nördlich der holländischen Grenze bis zur holländischen Grenze zu besetzen. Das Recht hat ihnen die deutsche Waffenstillstandskommission ausgestellt. Was sollte sie bei der vollständigen militärischen Ohnmacht, in der sich Deutschland befindet, auch anders machen? Wenn die Entente nun dies Recht bezieht, wird sie es aller Wahrscheinlichkeit nach auch ausüben, zumal diese Zone das Herz des rheinisch-westfälischen Industriezentrums berührt. Von Düsseldorf über Duisburg, Ruhrort bis in die Gegend von Oberhausen liegt viel Schwerindustrie und beträchtliche Kohlenförderung. Des eigentlichen westfälischen Kohlengebiet wird indessen nicht getroffen; auch Essen bleibt frei.

Andererseits hat Marschall Koch mitgeteilt, dass die Lebensmittellieferung Deutschlands von Amerika aus mit Hilfe des in deutschen Häfen zur Verfügung stehenden deutschen Schiffsräum von 2 1/2 Millionen Tonnen nunmehr ernstlich in Angriff genommen werden kann. Wenigstens eine erfreuliche Nachricht!

Von der Nationalversammlung.

Früherlegung des Wahltages?

Berlin, 14. Dez. (Priv. Tele.)

Anlässlich der neuesten Zeitungsberichte, die Regierung beabsichtige die Wahlen zur Nationalversammlung auf einen früheren Termin, als früher beabsichtigt war, festzusetzen, legt der Völkerrat Wert auf die Feststellung, dass die Regierung den Wahltermin vorläufig der Zustimmung der Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte belassen habe. Der Völkerrat will auf jeden Fall dieses Recht der Delegiertenversammlung vom 16. 11. wahren.

Die preussische Nationalversammlung.

Berlin, 13. Dez. (Ämtlich.)

Die preussische Regierung hat bestimmt, dass die Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung in Preußen acht Tage nach den Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung stattfinden sollen.

Ankunft Wilsons in Europa.

London, 13. Dez. (Wolff-Tele.)

Der Dampfer „George Washington“ ist heute Mittag um 12.07 Uhr in Brei eingetroffen.

Holländisch Neembureau meldet aus Washington: Marineminister Daniels hielt in Washington eine Rede, in der er erklärte, dass Amerika keine Kriegsschädigungen verlangen, sondern nur darauf bestehen werde, dass im Friedensabkommen eine Bestimmung enthalten sei, die den kleinen Nationen genau die gleichen Rechte wie den Großmächten gewährt.

Oesterreichische Geschäftemacherei.

Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird von zuverlässiger Seite aus Kopenhagen mitgeteilt, dass vor etwa einer Woche ein bekannter österreichischer Aristokrat, angeblich in privaten Angelegenheiten, eingetroffen ist und der mit der hiesigen englischen und französischen Gesandtschaft in Verbindung getreten sei, um einen Plan zur Wiedereinsetzung des österreichischen Kaisers Karl zu besprechen. Es soll bei diesen Unterredungen auch die Möglichkeit eines Anschlusses Bayerns und Schlesiens an Oesterreich zur Sprache gekommen sein. In welchen Ausmaß der betreffende Emislar handelte, konnte bisher nicht festgestellt werden. Er ist nach Stockholm weitergereist, wird aber in den nächsten Tagen in Kopenhagen wieder erwartet.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 14. Dezember.

Unter französischer Befehlung.

Wie hat das Straßenbild sich verändert! Vor wenigen Tagen noch war die feldgraue Farbe in der Stadt vorherrschend, jetzt ist grau blau an ihre Stelle getreten. Die arcublane Farbe der französischen Felduniform taucht heute schon in allen Stadtteilen auf und macht sich immer mehr bemerkbar, zumal aus der heutige Tag noch einen starken Zug von Besatzungstruppen brachte. Die Mannschaften, die gestern hier eingerückt waren und hier übernachtet hatten, sind heute morgen zum Teil wieder weitergezogen, um im weiteren Besatzungsgebiet Quartier zu nehmen. Dafür sind aber andere Truppenteile hier eingezogen. Zwischen 11 und 12 Uhr zog über Schierkeimer- und Albelshöhe ein fast endloser Bagagezug mit Feldgeschützen usw. hier durch, um nach Osten weiter zu fahren. Auch mehrere größere Radfahrerabteilungen und Automobilkolonnen sind hier angekommen. Das französische Militärkommando beginnt sich bereits im Schlossgebäude einzurichten. Die Befehlung unserer Stadt hat sich bis jetzt in aller Ruhe und Ordnung vollzogen. Die Neuordnung der Dinge, wie sie unserer Stadt zugeht, ist, erhält zwar die Einwohnerschaft in lebhafter Spannung, es

ist aber zu erwarten, dass auch unter den nunmehr gegebenen Verhältnissen das bürgerliche und wirtschaftliche Leben seinen ungehinderten Fortgang nimmt.

Stadtverordneten-Sitzung.

In der gestrigen Stadtverordnetensitzung gab vor Eintritt in die Tagesordnung Oberbürgermeister Gläffing auf eine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Dunderhoff die Erklärung ab, dass die Regelung der Besoldungsfrage für städtische Angestellte noch in diesem Jahre durch eine Vorlage an die Stadtverordneten zur Entscheidung gelange. Sodann machte der Oberbürgermeister einige Mitteilungen über die

Befehlung der Stadt.

die gestern erfolgt ist. Vorläufig sind hier 1200 Mann einzuarbeiten, die in der Infanteriekaserne untergebracht werden. Ob sie hier bleiben oder auf den weiteren Bezirk des Brückenkopfes Mainz verteilt werden, ist noch unbestimmt. Dagegen wird der ganze Stab des Armeekorps, das den Brückenkopf Mainz besetzt hat, hierher verlegt werden, sobald etwa dreihundert bis vierhundert Offiziere unterzubringen sein werden. Der kommandierende General wird sein Hauptquartier im Hotel „Nassauer Hof“ aufschlagen. Das Bureau des Militärkommandos kommt in die Parterreräume des Schlossgebäudes. Zum Schluss betonte der Oberbürgermeister nochmals die dringende Notwendigkeit, dass die Einwohnerschaft sich während der Besetzung an seiner Unbedachtsamkeit hüten lässt und die angeordneten Verordnungen gewissenhaft befolgt.

Weiter gab der Oberbürgermeister zur Kenntnis, dass laut einer Anordnung der preussischen Regierung Erbauungs- und Erhaltungswahl für Gemeinde- und staatliche Körperschaften bis zur Neuregelung des Kommunalwahlrechts nicht stattfinden und dass bis dahin die bisherigen Vertreter ihr Amt weiter versehen. Wegen des seitherigen Abzuges der Theatertruppe erklärte der Oberbürgermeister, dass die bisher geleistete Juhube aus der Hof- und Staatskasse bis zum 31. März nächsten Jahres weiter bezahlt wird. Es stehen Verhandlungen, ob das Theater als Landestheater weiter geführt wird. In diesem Falle ist auch späterhin ein Zuschuss aus der Staatskasse zu erwarten, wodurch die Finanzfrage des Theaters eine glückliche Lösung findet.

In Erledigung der Tagesordnung wurden sodann die zur Verhandlung stehenden Punkte gemäß den Anträgen der verschiedenen Ausschüsse durch Zustimmung erledigt. Zur Beschäftigung der Arbeitslosen sollen sofort sieben verschiedene Straßenbauprojekte in Angriff genommen werden. Hierunterwies weitere sind noch in Aussicht genommen. Die Errichtung eines gemeinsamen Wohnungsnachweises wurde dem Finanz- und Bauausschuss überwiesen. Für den Wiesbadener Krippenverein wurden 3000 Mark als Beihilfe bewilligt. Der Kauf zweier Wiesengrundstücke beim Hofe Glorichhof für 1900 Mark wurde genehmigt, ebenso der Verkauf verschiedener städtischer Bauplätze an der Solmsstraße, der Walfischstraße und im oberen Walfischhof. Für die städtischen Beamten und Arbeiter wurde eine zweite einmalige Lohnerhöhung bewilligt, die die Stadtkasse mit 1 385 000 Mark belastet. Die Beamten und Arbeiter erhalten 500 Mark, die Kriegsdienstbeschäftigten 200 Mark, die Bediensteten 70 Prozent der Löhne. Das Arbeitsamt wird in städtische Verwaltung übernommen. Ein Antrag Schröders, das Submissionsverfahren bei der Vergabe städtischer Arbeiten fallen zu lassen und die Regelung nach Abschlüssen wie sie die Stadt Frankfurt vorgenommen hat, vorzunehmen, wurde durch die Erklärung des Oberbürgermeisters, dass dies bereits geschehen sei, erledigt. Daraufhin entspann sich eine lebhafte Aussprache über die Anfrage des Stadtverordneten Fink: welche finanzielle Belastung der Stadt Wiesbaden aus den Maßnahmen des Arbeit- und Soldatenrates entstanden sei. Oberbürgermeister Gläffing gab zunächst die Erklärung ab, dass dem A. u. S. Rat ein Voranschlag von 20 000 Mark bewilligt worden sei, der aber aller Voraussicht aus der Stadtkasse zurückverlangt würde, da der A. u. S. Rat eine staatliche Kontrollorganisation sei. Die Volkswirtschaft erfordert einen voraussichtlichen Kostenaufwand von 120 000 M., von dem ebenfalls der Staat zwei Drittel von rechtswegen übernehmen müsste, da der Unterhalt des Polizeibereiches in der Hauptsache dem Staate zur Last falle. Die Unterhaltungen mit Berlin schweben noch. In der Aussprache beteiligten sich hauptsächlich sozialdemokratische Vertreter, da sie in der Anfrage eine Kritik an der Amtsführung des A. u. S. Rates erblickten, wogegen sie Verwahrung einlegten. Es muß aber hervorgehoben werden, dass auch von bürgerlicher Seite der Tätigkeit und dem Verhalten des A. u. S. Rates volle Gerechtigkeit widerfuhr, nur dass man aber über dessen Finanzwirtschaft ein klares Bild haben wollte, was durch die Erklärung des Oberbürgermeisters voll und ganz gegeben war.

Es wurde sodann ein Antrag Haase angenommen, wonach die Vermögensgegenstände für Beisitzer am Gewerbeamt und Kaufmannsgericht von 5 auf 8 M. für den ganzen Tag, und von 3 auf 5 M. für einen halben Tag erhöht werden. Den Beisitzern am Hypotheken- und Miet-einigungsamt und am Versicherungsamt sollen dieselben Gebühren zukommen.

Bürgermeister Travers gab Kenntnis davon, dass die Sammlung zum Wiederaufbau des Sandwerks, die den Betrag von 113 000 M. ergeben habe, der Stadt Wiesbaden als Stiftung übergeben worden sei, um sie zur Unterhaltung bedürftiger Handwerker zu verwenden. Als Mitglied der Kommission, die über die Verwendung der Gelder zu bestimmen hat, wurde Stadtverordneter, Kassamann gewählt. Nach Schluss der Tagesordnung brachte Stadtverordneter, v. C. die Kamalität der Kartoffellieferung zur Sprache, worauf Bürgermeister Travers eine längere Aufklärung gab.

Raffauf'sches Sandestheater. Auf Befehl des Kommandanten der Besatzungstruppen haben die Vorstellungen

ten um 6.30 und 7.30 Uhr; Mittwoch und Samstag 7.30 Uhr Rotate-
west mit Segen (Schulgottesdienst). — Feiertage: Sonntag früh
von 6 Uhr an, Samstag von 5—7 und von 8 Uhr an.

H. E. Stenderberg; für Stadt- und Landnachrichten, Gericht und Sport: L. E. Hans Gänse; für die Angelegen: Joh. Vahler; sämtlich in Siebuden.

Diese Apotheken verleben auch den Apotheken-Ratiblenk vom 15. Dezember bis einschließlich 21. Dezember von 7½ bis morgens 8 Uhr.